

Von allem genug, von nichts zu viel

Schritte zu einem ökologisch und sozial gerechten
Ressourcen- und Energieverbrauch

**10-Punkte-Plan für einen sozial und ökologisch
gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch**


DIE ARMUTSKONFERENZ.


ÖKOBÜRO
ALLIANZ DER UMWELTBEWEGUNG

1. Hintergrund

Können wir erfüllt leben und dabei gleichzeitig unseren Planeten schützen? Wie können wir unseren Energie- und Ressourcenverbrauch so reduzieren und (um-)verteilen, dass alle die Chance auf ein gutes Leben haben? Welche Rahmenbedingungen sind dazu nötig und wen braucht es, um diese umzusetzen?

Diese und weitere Fragen behandeln ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung und Die Armutskonferenz seit 2023 im gemeinsamen Projekt „Von allem genug, von nichts zu viel“. Das Fazit: Ja, es ist möglich, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und gleichzeitig innerhalb der Belastungsgrenzen unseres Planeten zu bleiben. Wir müssen allerdings jetzt die Weichen stellen und zukunftsfähige Rahmenbedingungen schaffen: Gefragt sind sozial-ökologische Maßnahmen, die den Ressourcen- und Energieverbrauch insgesamt senken und gleichzeitig soziale Absicherung und Lebensqualität für alle ermöglichen.

Wir legen daher folgenden 10-Punkte-Plan für Entscheidungsträger:innen vor. Unsere Empfehlungen basieren auf verschiedenen Dialogformaten mit Jugendlichen, Armutsbetroffenen, Wissenschaftler:innen sowie mit Organisationen aus dem Umwelt- und Sozialbereich. Zudem wurden Erkenntnisse aus aktuellen wissenschaftlichen Publikationen und Studien sowie aus Stellungnahmen relevanter Netzwerke und Organisationen eingebunden.

Ergänzend ist ein ausführliches Hintergrundpapier verfügbar, das wissenschaftliche Beiträge sowie weitere Ergebnisse des Austauschs mit Stakeholder- und Betroffenengruppen umfasst. Dieses ist unter www.oekobuero.at/vonallemgenug abrufbar.

2. 10-Punkte-Plan für einen sozial und ökologisch gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch

1. Sozial und ökologisch gerechter Ressourcenverbrauch erfordert eine gemeinsame Politik gesellschaftlicher Umverteilung, bei der die Bekämpfung von Ungleichheiten und Armut mit Umwelt- und Klimaschutz Hand in Hand geht.

- a. Es braucht wirksame Steuern auf Treibhausgasemissionen und Vermögen, um eine ökologische Lenkungswirkung zu erreichen und gleichzeitig sicherzustellen, dass soziale Ungleichheiten systematisch verringert werden.
- b. Der Preis pro Tonne CO₂-Äquivalent sowie die Höhen und Grenzen von Vermögenssteuern müssen evidenzbasiert sein und dürfen nicht willkürlich gesetzt werden. Im selben Zuge müssen Einnahmen aus CO₂- und Vermögenssteuern zweckgebunden für Armutsbekämpfung und sozial wirksame Klima- bzw. Umweltschutzmaßnahmen eingesetzt werden: Darunter der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Finanzierung eines Klimabonus, der Niedrigeinkommen und die untere Mitte stärker unterstützt.
- c. Grundbedürfnisse sind als soziale Menschenrechte zu verstehen, damit ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen für alle leistbar wird und bleibt: Das gilt insbesondere für die Bereiche Wohnen, Energie, Ernährung und Mobilität. Diese Bereiche dürfen nicht profitorientierten Marktmechanismen unterliegen, sondern müssen Teil einer öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Die öffentliche Bereitstellung von Services und Infrastruktur ermöglicht es nicht nur, Ressourcen und Energie effizienter und unter ökologischen Kriterien einzusetzen, sie ermöglicht allen Mitgliedern der Gesellschaft ein klimafreundliches, gutes Leben.

2. Österreich muss bis 2050 den jährlichen Pro-Kopf-Materialfußabdruck auf durchschnittlich 7 Tonnen pro Person senken, das gelingt nur mit einer ambitionierten Kreislaufwirtschaft, die gezielte und sozial gerechte Suffizienzmaßnahmen umfasst.

- a. Der inländische Ressourcenverbrauch Österreichs muss insgesamt von 19 Tonnen pro Kopf pro Jahr (Materialfußabdruck, Stand: 2018¹) auf maximal 7 Tonnen pro Kopf und Jahr gesenkt werden, um planetare Grenzen einzuhalten. Sich nur auf Effizienzsteigerungen und „grüne Produkte“ zu konzentrieren reicht nicht aus und hat soziale und ökologische Folgen. Es liegt an der Politik, Vorgaben und Gesetze im Sinne der Österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie² umzusetzen, um langfristig von Überproduktion, Wegwerfprodukten und geplanter Obsoleszenz wegzukommen.
- b. Der Material-, Energie- und Flächenverbrauch, der innerhalb planetarer Grenzen möglich ist, muss allen hier lebenden Menschen zugutekommen, nicht nur einigen wenigen. Daher ist systematisch ein ausreichender Anteil des inländischen Ressourcenverbrauchs für die Daseinsvorsorge und zukunftsfähige Investitionen (Krankenhäuser, Züge, Schulen & Lernmaterial, u. v. m.) zu reservieren.

¹Quelle: <https://www.umweltgesamtrechnung.at/ergebnisse-daten>

²Siehe Österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie: https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/abfall/Kreislaufwirtschaft/strategie.html

- c. Gleichzeitig müssen die Leistbarkeit und der Zugang zu hochqualitativen Produkten für alle sichergestellt werden. Das gelingt durch Rahmenbedingungen für häufige Wiederverwendung, wie z. B. öffentliche Bereitstellung, den Ausbau kostenloser oder günstiger Sharingmodelle, eine festgelegte Mindestlebensdauer in einzelnen Produktkategorien, ein Recht auf Reparatur u. v. m.
- d. Österreich hat sich für hohe soziale und ökologische Standards sowie Suffizienzmaßnahmen auch entlang von Wertschöpfungsketten einzusetzen, um in und außerhalb von Österreich menschliches Wohlergehen und die Umwelt zu schützen.

3. Wir müssen den öffentlichen Raum gerechter verteilen und grüne Erholungsräume, kurze Wege und konsumfreie Orte in den Vordergrund rücken.

- a. In der Raumplanung haben die Erhaltung und die Gestaltung lebendiger Ortskerne oberste Priorität. Eine sinnvolle Ortsentwicklung im Inneren steht dabei vor einer Erweiterung am Siedlungsrand. Zersiedelung und Einkaufszentren außerhalb des Zentrums sorgen nicht nur für mehr Verkehr, Flächenfraß und Hitzeentwicklung. Sie lassen Ortskerne aussterben und führen dazu, dass wichtige Orte und Dienstleistungen des täglichen Lebens für Teile der Bevölkerung nur schwer erreichbar sind. Ein lebendiger Ortskern ist sozial inklusiv, gerecht und klimafreundlich zugleich.
- b. Grünflächen und konsumfreie Bereiche müssen in allen Gemeinden und Städten bewahrt, aufgewertet bzw. neu geschaffen werden. Das lässt sich z. B. durch Entsiegelung und Bepflanzung an geeigneten Plätzen realisieren. Öffentliche Grünräume und Parks ermöglichen es, sich ohne Konsumzwang zu erholen, mit anderen zu treffen oder zu spielen. Gerade innerhalb stark besiedelter Strukturen sind Grünräume nicht nur gut für die Artenvielfalt, sie sind auch essenziell für Abkühlung, Luftqualität oder Versickerung und sind damit wichtige Hebel für Klimawandelanpassung.
- c. Es braucht eine gerechte und partizipative Diskussion darüber, wie Raum innerhalb von Siedlungsstrukturen genutzt und verteilt sein soll. Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen zu Fuß gehen oder Radfahren, müssen das Recht auf einen gerechten Anteil am öffentlichen Raum erhalten und dürfen nicht in der Raumplanung benachteiligt werden.

4. Böden gehören zu unseren wertvollsten Ressourcen, daher müssen wir verfügbaren Raum besser nutzen, Flächenversiegelung stoppen und Gebäude sozial und ökologisch (um-)bauen.

- a. Leerstand und Spekulation im Immobiliensektor müssen mithilfe von Regulierungsmaßnahmen verhindert werden, damit Wohnraum für Menschen zugänglich wird und langfristig leistbar bleibt. Konkret sind 25.000 leistbare, dauerhafte und inklusive Mietwohnungen aus dem Bestand zu mobilisieren, um Wohnungslosigkeit in Österreich effektiv zu bekämpfen.
- b. Es braucht dringend eine übergeordnete, bundesweite und verbindliche Raumordnung: Diese muss Zersiedelung ebenso wie Luxusbauten oder eingeschossige Gebäude gezielt eindämmen, Sanierung vor Neubau begünstigen und bessere Möglichkeiten für flächensparenden, sozial-ökologischen Wohnbau schaffen.
- c. Es braucht zudem bessere Möglichkeiten, Wohnraum platzsparend an veränderte Bedürfnisse im Laufe eines Lebens anzupassen: Wir schlagen vor, gezielte Förderungen für Umbaukosten einzuführen, um getrennten Wohnraum für mehrere Parteien zu schaffen (z. B. Umbau Einfamilienhaus zu Mehrparteien-Haus). Das spart Flächen, fördert soziales Miteinander und hilft, Vereinsamung vorzubeugen.

5. Die Leistbarkeit von ausreichend Wohnraum mit angemessener Raumtemperatur ist für alle über eine Energie-Grundsicherung sicherzustellen, während gleichzeitig der Ausstieg aus fossilen Energieträgern vorangetrieben werden muss.

- a. Eine Energie-Grundsicherung ermöglicht es allen, ihren Wohnraum ausreichend und mit umweltfreundlichen Energiequellen zu heizen. Dazu ist es nötig, dass jede in Österreich lebende Person ein Kontingent an vergünstigter Energie für den Grundbedarf beziehen kann, abhängig vom Heizwert der eigenen Wohnung. Über dem Grundkontingent setzt ein progressiver Anstieg der Energiekosten pro kWh Anreize dafür, Energie sparsam und gezielt zu verwenden.
- b. Die Sanierungsrate muss durch verbesserte Subventionen, Steuern und Gesetze gesteigert werden, ohne die Wohnkosten für Mieter:innen weiter zu erhöhen. Die Einführung einer Obergrenze für Wohnkosten löst dieses Problem. Der Wert soll sich nach der Miete inkl. Energiekosten für ein Heizen auf angemessene Temperatur richten. Vermieter:innen von schlecht isolierten Wohnungen erhalten so einen hohen Sanierungsanreiz. Gleichzeitig wird leistbarer Wohnraum gesichert und Energiearmut verhindert.
- c. Förderungen und Maßnahmen rund um Sanierung und den Umstieg auf ökologische Energiequellen müssen verstärkt beworben und leichter zugänglich gemacht werden: Dazu gehört ein erweitertes Angebot an verbesserter, niederschwelliger Beratung und eine erleichterte Antragstellung.
- d. Eine verbesserte Wohnbeihilfe ist mit einer neuen Mindestsicherung zu bündeln, um Existenz, Chancen und Teilhabe zu sichern.

6. Die Mobilität der Zukunft braucht eine Mobilitätsgarantie, die es allen ermöglicht, ihren Grundbedarf an Mobilität mit nachhaltigen Verkehrsmitteln oder durch aktive Mobilität zu decken.

- a. Menschen brauchen ein öffentliches Mobilitätsangebot und eine örtliche Infrastruktur, die ihrer Lebensrealität und ihrem Wohnort gerecht werden und gleichzeitig Emissionen wie Treibhausgase, Lärm und Luftverschmutzung senken. Eine Mobilitätsgarantie verbindet beides und fördert damit die Gesundheit von Mensch und Umwelt zugleich.
- b. Während bereits in der Raumplanung für kurze Wege im Alltag gesorgt werden kann (siehe Punkt 3), sind sichere Geh- und Fahrradwege sowie leistbare öffentliche Verkehrsmittel überall dort bereitzustellen, wo sie gebraucht werden und möglich sind.
- c. Mobilitätsbausteine wie Rufbusse, leistbare Sharing-Systeme, Lasten-Transportmittel, etc. müssen mit dem Ziel ausgebaut werden, einen Großteil der Mobilität mit ökologisch sinnvollen und sozial inklusiven Transportmitteln abdecken zu können.
- d. Es muss eine soziale Staffelung des Klimatickets umgesetzt werden, um nachhaltige Mobilität für mehr Menschen zugänglich zu machen.

7. Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen gelingt nur, wenn die Welt der Erwerbsarbeit zukunftsfähig gestaltet wird.

- a. Es braucht eine systematische Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung in zukunftsfähigen und essenziellen Berufen, darunter z. B. Pflege, Bildung, Busfahrer:innen, Fachkräfte für Sanierung, Energiewende u. v. m.

- b. Eine Reduktion der Regelarbeitszeit pro Woche ist ein wesentlicher Hebel für Wohlergehen und Umwelt- sowie Klimaschutz. Bereits eine durchschnittliche Reduktion von 1,2 Std./Woche hat bei gleicher Produktivität positive Effekte auf Gesundheit, Wohlbefinden und Umwelt- & Klimaschutz, da sich der Bedarf an Mobilität (Pendeln, Dienstreisen) und Konsum (Convenience-Produkte, Arbeitskleidung) verringert.³ Kürzere Arbeitszeiten bedeuten auch mehr Möglichkeiten, unbezahlte Sorgearbeit in den Alltag zu integrieren und fairer zu verteilen (Stichwort Geschlechtergerechtigkeit).
- c. Unbezahlte sowie bezahlte Sorgearbeit ist eine Voraussetzung für unser Wirtschaftssystem und darf nicht als Nebenerscheinung behandelt werden. Neben Maßnahmen für gerechtere Verteilung braucht es daher auch das Sicherstellen sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger Pflegeinfrastruktur. Öffentlich organisierte Care-Arbeit bietet gegenüber marktbasierten Angeboten zahlreiche Stellschrauben, um einen ökologisch gerechteren Ressourcenverbrauch sowie bessere Arbeitsbedingungen und sozial inklusiven Zugang zu sichern.
- d. Es braucht verstärkte Maßnahmen wie durchdachte Aus- und Weiterbildungsprogramme, um einen gerechten Umstieg in essenzielle und zukunftsfähige Berufe zu ermöglichen. Dazu zählt auch die Unterstützung von Firmen beim Wechsel in nachhaltige Branchen, z. B., indem Anreize für Baufirmen geschaffen werden, um sich im Bereich Sanierung neu zu spezialisieren.

8. Leistbare, gesunde und gleichzeitig nachhaltige Ernährung muss für alle möglich sein.

- a. Gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung muss gefördert und für alle leistbar werden. Alle Menschen in Österreich müssen die Möglichkeit haben, sich einen höheren Anteil pflanzlicher und hochqualitativer Nahrungsmittel zu leisten und damit ihr Wohlergehen und ihre Gesundheit zu fördern. Es sind gezielte Preislenkungsmaßnahmen wie sinnvolle Subventionen und Steuern nötig, wenn das billigste nicht das ungesündeste Essen bleiben soll.
- b. Schulen sollen eine warme, gesunde und kostenlose Mahlzeit pro Tag anbieten. Auch Kantinen sollen verstärkt gesunde, regionale und pflanzliche Mahlzeiten zu leistbaren Preisen anbieten.
- c. Die Lebensmittelproduktion muss mithilfe von Lenkungsmaßnahmen sozial und ökologisch umgestaltet werden: Regionalität, der Anbau in Bio- und Kleinbetrieben und ein verstärkter Anbau pflanzlicher Produkte müssen für Landwirt:innen möglich und rentabel werden. Auch ein Ein-/Umstieg in die Landwirtschaft bzw. der Eigenanbau von Lebensmitteln sollte gezielt gefördert werden.
- d. Es braucht dringend weitere Maßnahmen gegen systematische Überproduktion von Lebensmitteln, um den Anteil weggeworfener Lebensmittel bis 2030 auf die Hälfte des aktuellen Werts (rund 134 kg pro Kopf und Jahr⁴) zu senken .

9. Zukunftsfähige Lösungen können nur gelingen, wenn Menschen direkt in ihre Entwicklung eingebunden und Entscheidungen nachvollziehbar und verbindlich getroffen werden.

- a. Die Zivilgesellschaft und insbesondere vulnerable Personen wie Armutsbetroffene, Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch junge und ältere Menschen müssen systematisch eingebunden werden. Nur so können Lösungen für Herausforderungen und Zielkonflikte gefunden werden, die den einzelnen Lebensrealitäten gerecht werden. Methoden der Peerarbeit und Bürger:innenräte sollten daher gezielt eingesetzt werden.

³MUTTER ERDE (2023). Studie Sozial-ökologische Evaluierung von Netto-Null Treibhausgas-Emissionspfaden für Österreich, https://www.muttererde.at/wp-content/uploads/2024/01/MutterErde_Studie2_3001_2.pdf

⁴Quelle: Eurostat, (2021). https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/env_wasfw/default/table?lang=en

- b. Dabei sind vor allem politische Verbindlichkeit und nachvollziehbare Entscheidungen gefragt: Es ist sicherzustellen, dass konsensuell erarbeitete Vorschläge tatsächlich in den Gesetzgebungsprozess und in die Umsetzung fließen.
- c. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Arbeitsweisen müssen von der Politik verstärkt dazu genutzt werden, nachvollziehbare und langfristig für alle sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Die Wissenschaft und Zivilgesellschaft strukturiert einzubinden ist eine wichtige Voraussetzung dafür, Diskussionen über Zielkonflikte sachlich anzugehen, mögliche Auswirkungen und Alternativen zu diskutieren und sich auf gemeinsame Lösungen zu einigen.

10. Umwelt- und Sozialpolitik gegeneinander auszuspielen ist nicht zukunftsfähig. Die Verbindung sozialer und ökologischer Herausforderungen und entsprechend kombinierte Lösungen müssen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ernstgenommen werden.

- a. Es braucht wirksame Bildung und Bewusstseinsbildung rund um planetare Grenzen, soziale Absicherung und sozial-ökologische Lösungen, um unser Wohlergehen auf einem gesunden Planeten langfristig zu erhalten bzw. zu steigern.
- b. Es gilt, eine unabhängige Wirtschaftsbildung zu verankern, in der nachhaltige, sozial integrative Modelle ausreichend Platz finden. Das ist nötig, um Desinformation vorzubeugen, ein Ausspielen sozialer gegen ökologische Aspekte zu verhindern, sachliche Debatten zu ermöglichen und zukunftsfähige und umsetzbare Lösungen finden zu können.
- c. Es muss verhindert werden, dass eine Einflussnahme einzelner mächtiger Akteur:innen dazu führt, dass privatwirtschaftliche Interessen systematisch vor das Gemeinwohl gestellt werden. Hierzu braucht es u. a. eine höhere Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen in Beiräten und Entscheidungsgremien, aber auch gezielte Maßnahmen gegen Desinformation und für erhöhte Transparenz im Bereich Medien und Werbung.

3. Impressum

ÖKOBÜRO - Allianz der Umweltbewegung

Neustiftgasse 36/3a

1070 Wien

office@oekobuero.at

+43 677 64768894

www.oekobuero.at

Projektleitung: Caroline Krecké

Die Armutskonferenz

Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Verein-ZVR-Zahl.: 012358276

Herklotzgasse 21/3

1150 Wien

office@armutskonferenz.at

0043-(0)664-88532873

www.armutskonferenz.at

Projektleitung: Robert Rybaczek-Schwarz

Das Projekt und diese Publikation wurden gefördert durch:

 **Bundesministerium**
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie